

Es gilt das gesprochene Wort **Sperrfrist: 26.03., 11:00 Uhr**

## „Augen auf – Wahl ist Kauf“

Referat anlässlich der Delegiertenversammlung der BDP Schweiz

vom 26. März 2011 in Sempach

Samuel Schmid  
alt Bundesrat

Ein altes Sprichwort sagt: „Augen auf – Kauf ist Kauf“ und erinnert daran, dass ein Kauf etwas Definitives ist. Nicht anders ist das bei der Wahl eines Parlaments. Selbst vielfältige Mitwirkungs- und Interventionsrechte während der Legislatur ändern nichts daran, dass gewählte Parlamentsmitglieder während vier Jahren stellvertretend für uns Bürgerinnen und Bürger entscheiden, lenken, kontrollieren und legiferieren. Sie sind innerhalb der Verfassungsschranken und dem eigenen Gewissen nicht nur frei, sondern sogar angehalten, diese Freiheit zu nutzen. Die Verfassung sagt ausdrücklich, man stimme ohne „Instruktionen“. Das Legislaturprogramm hat nur verwaltungsintern anweisende Kraft. Die von Politikern gelegentlich angerufenen „Aufträge der Wählerschaft“ oder der „Volkswille“ sind nichts anderes als Argumentationskrücken, die benötigt, resp. missbraucht werden, um eigene Interessen oder politisches Kalkül zu kaschieren. Denn keiner der Gewählten weiss, wer ihn gewählt hat, welchen Auftrag er in concreto hätte und wie diese Wählerin respektive dieser Wähler entscheiden würde. Mehr als Vermuten kann man es nicht. Lagebeurteilungen sind nie abschliessend gemacht und Brecht schrieb: „Wer „A“ gesagt hat muss nicht zwingend „B“ sagen – „A“ kann auch falsch gewesen sein!“

Für die Wahl bleiben mir Kriterien wie die Persönlichkeit der Kandidatin oder des Kandidaten, seine Glaubwürdig- und Zuverlässigkeit, dessen Fähigkeit zu einem unabhängigen Urteil sowie dessen Lebensauffassung. Wo zudem Fraktionsdisziplin den freien Entscheid des Einzelnen faktisch ausschaltet, hat die Wahl dieser eigenständigen Persönlichkeiten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Ich wähle für diese vier Jahre weder eine Ideologie noch direkt ein Parteiprogramm. Beides ist untauglich als generelles Kriterium. Sie sind unscharf und auslegungsbedürftig, während vier Jahren sind in unserer schnellen Zeit Probleme oft mehrfach neu zu analysieren. So wenig wie man den Krieg den Generälen allein überlässt, obliegt die Zukunftsgestaltung allein den Parteideologen. Ich erwarte als Bürger von **meinen** Parlamentarierinnen und Parlamentariern die



Fähigkeit zu eigener politischer „Wertschöpfung“ auf dem Fundament einer mittelständischen, bürgerlichen Lebensauffassung.

**Also: Augen auf – Wahl ist Kauf!**

## Gliederung

---

Ich trage Gedanken vor zu **zwei Themen**, die mich in letzter Zeit mehr und mehr beschäftigten, nämlich:

- Zu **Veränderungen in der Politikultur** unseres Landes und
- zu die konkrete **Gefahr des Verlustes unseres Konkordanzsystems**.

### Veränderungen in der Politikultur

Selbst wenn man sich bewusst ist, dass die Wellen vor Wahlen höher schlagen als üblich, dass nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen ist und dass der politische Wettbewerb auch einen gewissen Unterhaltungswert hat, glaube ich doch, dass man sich verschiedener Veränderungen bewusst werden muss, um Signale richtig zu deuten und um sich in der Vielzahl von Aktivitäten und Werbeeinflüssen zurecht zu finden.

Beginnen wir mit der **Werbung** und damit auch mit dem **Geld**. Geld spielt – ich bin eigentlich erstaunt, dass das nicht mehr thematisiert wird und man sich immer noch vornehm zurückhält, die Offenlegung der Finanzierungen zu fordern – mehr und mehr eine wichtige Rolle. Es hilft Einflüsse zu etablieren oder zu festigen. Für Parteien und politische Ideen wird geworben, wie für ein Konsumprodukt. Die Werbebranche arbeitet mit den ihnen eigenen Mitteln: Man holt uns ab, macht uns betroffen oder versucht zu verführen, sie spiegelt uns nicht selten etwas vor, um uns zu beeinflussen. Das alles verkürzt, wenn möglich über ein Bild und repetitiv. Das ist legitim und man tut es zudem häufig kunstvoll und geschickt. Von dem Albert Einstein zugeschriebenen Satz „Things must be as simple as possible, **but not simpler**“ gilt allerdings gezwungenermassen nur der erste Teil, der Nebensatz verhinderte ein "10 sec. Statement" oder ein passendes Schlagwort. Im übrigen kennt man ja den Buchtitel des berühmten französischen Werbeberaters Jacques Seguela von 1997: „Ne dites pas à ma mère que je suis dans la publicité, elle me croit pianiste dans un bordel“.

Ich behaupte nun nicht, dass Werbung schlecht sei oder gar dass Werbeaufwand und Produktequalität in umgekehrter Proportionalität zueinander stünden, obwohl die Behauptung



wahrscheinlich nicht in allen Fällen so falsch wäre. Aber ich bezweifle, dass man sich dieser Verführung so klar bewusst ist, umso mehr als man seit einiger Zeit sogar ungestraft die „Schweizer Qualität“ für die politische Propaganda nutzt. Im Gegensatz zu Warenwerbung, wo das Produkt angeschrieben werden muss und auch kontrolliert werden kann, gibt es in der Politik nicht einmal eine konsequente Anschreibepflicht. Wenn beispielsweise etwa im Kanton Bern ein nun neu gewählter Ständerat bereits in ein paar Monaten zusätzlich auch auf der Nationalratsliste kandidieren will, um dort Stimmen zu sammeln, wird man für die Nationalratsliste kaum behaupten können, wo "Amstutz" drauf stehe sei auch "Amstutz" drin. Denn im Nationalrat wird dort, wo "Amstutz" drauf steht, "ein Fuchs" drin sein. Nehmen wird also die Werbung in der Politik nicht ernster als im freien Markt und schärfen wir unsere Zweifel dort, wo mit der grossen Kelle angerichtet wird. Mogelpackungen wird es hüben und drüben geben, woher sie auch kommen, honorieren darf man sie nicht.

## **Wo Begriffe ihre Bedeutung verlieren, ist immer Vorsicht am Platz!**

Fällt Ihnen nicht auf, dass in den letzten Jahren verschiedene Begriffe, die echt schweizerische Qualitäten beschrieben, negativ belegt wurden und uns als Qualitätsbeschrieb abhandeln zu kommen drohen? Besonnenheit, Augenmass, Ausgleich, Respekt, Bescheidenheit, Zuhören sind Attribute, die man weltweit glaubt, in den typischen Schweizern finden zu können. Unser Land ist ein Produkt dieser Qualitäten. Allerdings vertragen sich diese schlecht mit dem neuen Politstil der Provokation, der Diffamierung, der Arroganz und z T auch des Klotzens mit Geld. Man müsse provozieren, um heute etwas zu erreichen, hört man immer wieder. Wie erbärmlich muss eine solche Gesellschaft sein. Ich erlebe meine Schweiz nicht so! Der Satz versucht die Strategie der Skandalbewirtschaftung zu legitimieren, die ihrerseits Basis dieses permanenten Wahlkampfes mit unaufhörlichen Kampagnen ist. Wenn einer einen sog. „Skandal“ mit Besonnenheit hinterfragt und dann mit Augenmass beurteilt, verhält er sich nicht konform – er muss betroffen sein, um abgeholt zu werden. Die allgemeine Akzeptanz dieser Qualitätsbegriffe steht dem im Wege.

Weshalb wird permanent mit der Verketzerung der sog. „Classe Politique“ ein Keil in die Gesellschaft getrieben, obwohl bei allen Fehlern, die zweifellos bestehen, insgesamt doch die Akzeptanz und das Vertrauen in Gerichte, Verwaltung, Polizei, Militär und Regierungen relativ hoch ist? Es ist ganz allgemein Teil des Marketings, die Dinge schlechter zu reden als sie sind. Nichts geschieht grundlos – auch das nicht!

Weshalb beschleicht viele heute ein ungutes Gefühl, wenn jemand der „Mitte“ zugeordnet wird? Sofort präzisiert man in der Regel mit „ja, zur bürgerlicher Mitte“. Weshalb ist der Begriff „Kompromiss“ in weiten Kreisen heute verpönt? Genau so wie man vor Jahren von linker Seite her



begann, die Eigenschaft „konservativ“ fälschlicherweise als Gegensatz zu „fortschrittlich“ zu gebrauchen, werden seit kurzem von rechts her die Begriffe „mutig und klar“ dem Begriff „lavierende Mitte“<sup>1</sup> oder „Wischwaschi“ gegenübergestellt oder „bürgerlich“ wird als Gegensatz zu „Mitte“ verwendet.

## **„Mitte“ heisst nichts anderes als „nicht extrem“!**

Das geht jetzt sogar weiter indem unterschieden wird zwischen „Schweizern“ und anderen, denn offenbar wählen „Schweizer“ nur die eine Partei. Ein solches Gesellschaftsverständnis widerspricht der Schweizer Tradition diametral und ist absolut unschweizerisch. Wahrscheinlich gäbe es unser Land nicht, wenn man es nicht immer wieder verstanden hätte, Kompromisse zu erarbeiten, Augenmass zu beweisen und auszugleichen, eben die Mitte zu suchen.

## **Lassen wir uns nicht vom Pfad der Tugend abbringen:**

- weder „Mitte“, noch „Kompromisse“, noch „konservativ“ oder „offen“ sind etwas Schlechtes!
- Wir stehen zum Mittelstand – auch hier „Mitte“ - und befürworten einen schlanken, funktionsfähigen, sozialen Staat, ein unabhängiges, sicheres und neutrales Land,
- Wir argumentieren mit bürgerlichen Standpunkten und helfen, Probleme Lösungen zuzuführen,
- Eine brauchbare Lösung zur Zeit ist nützlicher als eine scheinbar ideale Lösung zu spät.

Lassen wir uns im Übrigen nicht täuschen! Es fällt nicht schwer, mit Beispielen darzutun, dass die sogenannten klaren Positionen häufig alles andere als klar sind und alle mit Wasser kochen. Ich schicke dabei voraus, dass Vieles nicht so einfach ist, wie wir es oft gerne hätten. Leute, die Überlegungszeit brauchen und sie auch nutzen, sind mir eigentlich sympathisch. Zudem ist nicht jeder, der spontan in ein Mikrofon spricht auch ein genialer Schnelldenker und viele Geistesblitze, die ich in der Politik erlebt habe, waren eher Kurzschlüsse. Bedenkzeit ist in unserer Politikultur häufig bereits eine Schwäche. Wer andere nun aber bezichtigt, unklar und unbestimmt sein, muss sich an eigenen „Taten“ messen lassen: ist es nicht eigenartig, wenn man - wie beim UBS-Vertrag mit den USA - innerhalb weniger Woche mehrfach die Meinung ändert. Oder wenn man eine jahrelang miterarbeitete AHV Revision zu Gunsten einer Null-Lösung einfach verwirft?

Mit anderen Worten vermag auch hier der grosse Werbeaufwand die Qualität des Produkts nicht besser zu machen als es begreiflicherweise ist.

---

<sup>1</sup> NZZ vom 15. Mai 2010: „Die lavierende Mitte ist das Problem“, Parteipräsident Toni Brunner zur Kritik am regierungskritischen Kurs seiner Partei.



Die Koalition der Vernunft braucht sich im übrigen nicht zu verstecken. Einiges steht zweifellos an, aber vieles ist in den letzten Jahren erledigt oder vorangebracht worden! Nicht anders als früher. Wer behauptet, der Bundesrat „verwalte“ nur noch, während man früher „regiert“ habe, nimmt das Geschehen nur selektiv wahr oder ist möglicherweise vergesslich. Volk, Bundesrat und Parlamentsmehrheit dürfen für sich in Anspruch nehmen, in den vergangenen Jahren auch etwas realisiert zu haben. Trotz Wirtschaftskrisen konnte man Schulden abbauen, es darf durchaus auch unterstrichen werden, dass man gewaltige Infrastrukturbauten zu realisieren im Begriffe ist, dass die Bildung gefördert wird, die Volkswirtschaft an Konkurrenzfähigkeit gewonnen hat, die Armee in der grössten Reform ihrer Geschichte gesellschaftlichen Veränderungen und neuen Risiken angepasst wird, dass man immer noch in einem der leistungsfähigsten Gesundheitssystemen zu leben das Glück hat, dass man bilaterale Verträge hat, die doch der Schweizer Wirtschaft erlauben, mit Europa konfliktfrei im täglichen Geschäftsverkehr zu stehen u.v.a.m.

Natürlich ist noch viel zu tun. Aber wem das Wohl des Volkes wirklich am Herzen liegt, würde besser konstruktiv an tragbaren Lösungen arbeiten, als irgendwelchen Trugbildern nachzujagen.

Die Veränderung des politischen Klimas, insbesondere die Gefährdung der traditionellen Schweizer Werte in der Politik müsste eigentlich den Mittelstand aufwachen lassen.

## **Kann eine Flügelpartei zugleich auch eine Mittelstandspartei sein?**

Mittelstand wird zugegebenermassen verschieden definiert. Unbestritten dürfte aber sein, dass Mittelstand mehr ist, als die Zuordnung zu einer Vermögensschicht. Es ist eine eigentliche Lebenseinstellung, allerdings primär basierend auf den Interessen der klassischen Schweizer Familie, sicher nicht der finanziellen Oberschicht,

man will

- gerechten Lohn für gute Arbeit, man zeigt auch Leistungsbereitschaft,
- einen starken subsidiären Staat mit sozialer Komponente für echt Bedürftige,
- die Eigenverantwortung der Bürgerschaft,
- Sicherheit und
- Chancengleichheit sowie



- Zeitgerecht vernunftgeprägte Lösungen

Wäre die Schweiz so, wie sie lautstark in den letzten Jahren gefordert wurde, hätten wir keine NEAT, keine Schwerverkehrsabgabe, keinen Lötschbergtunnel, keine bilateralen Verträge und damit reihenweise anstehende Probleme mit der EU, es gäbe keine Klimapolitik ...

es gibt nicht wenige, die behaupten, wir wären gezwungen, demnächst in einer Flucht nach vorn der EU beizutreten.

Oder wir hätten kaum eine Armee mehr, höhere Staatsschulden und Steuern und würden uns konkret für den Beitritt in die EU bereit machen.

## **Konkordanz**

Und damit komme ich zum zweiten Teil. Ziel dieser Wahlen ist der Gewinn von Sitzen in beiden Kammern. Das ist lapidar, aber eine ungeheure Arbeit:

## **Es geht um eine immense Mobilisierung!**

Viel deutlicher als auch schon, wird vor dem Hintergrund der Sitze um die Anteile in der Regierung gekämpft. Und hier zeichnet sich recht konkret das Ende unseres Konkordanzsystems ab, wenn man nicht endlich dazu kommt, unter Konkordanz mehr als Arithmetik zu verstehen.

Konkordanz heisst eigentlich „Übereinstimmung“. Es ist in unserem Land ein seit langem praktiziertes Erfolgsrezept, alle grossen und konstruktiven politischen Kräfte an der Regierung zu beteiligen, allerdings unter der Voraussetzung eines steten Bemühens, um die Suche nach einem grösstmöglichen gemeinsamen Nenner, der die Einheit in der Vielfalt unserer Gesellschaft garantiert. Voraussetzung ist die Konsensfähigkeit aller Beteiligten.

Konkordanz ist kein Verfassungsprinzip, eher ein Prinzip der Regierungszusammenarbeit in einem kleinen Land, das zudem aus lauter Minderheiten besteht und zu recht stolz darauf ist, es in seiner Geschichte nach einem langen, zweitweise bitteren Prozess, letztlich zustande gebracht zu haben, diese Minderheiten zu einer stabilen Einheit zu führen und ihnen eine Heimat zu geben. Sie ist ein Mittel möglichst vielen eine möglichst hohe Freiheit zu gewährleisten.

Wenn sich verschiedenste Kräfte in der Regierung zusammenfinden, ist am ehestens gewährleistet, von Anfang an einen grösstmöglichen Konsens zu erarbeiten. Dies ist nötig, weil Referendum und Initiativen mit relativ tiefen Schwellengrenzen sowie ein starker Föderalismus (souveräne Kantone) einseitige oder extreme Lösungen sehr schnell in die Schranken weisen würden. Die Regierung



spielt damit eine andere Rolle als das Parlament. Während dieses deutlich in Parteien gegliedert und an sich frei operieren kann, hat die Regierung mit grösserer Distanz zu den Parteien mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten. Grundsätzliche Auseinandersetzungen sind dabei nicht ausgeschlossen, aber sie bewegen sich in einem entwickelten Rechtsstaat, der sich zur sozialen Marktwirtschaft bekennt, in bestimmten Bahnen und Konflikte bricht man nicht leichtfertig vom Zaun. Regierungsbeteiligung geht auch nicht spurlos an den Parteien vorbei. Wenn sie in der Regierung vertreten sind, können auch sie nicht absolut frei bezeichnet werden. Mindestens die grundsätzlichen Regeln für einen erspriesslichen politischen Diskurs, wie Respekt und Zuhören, sind ebenso zu beachten, wie es unerlässlich ist, das Band zwischen Partei und ihren Regierungsmitgliedern mindestens zu erhalten. Sonst ist man in der Opposition – ein Doppelspiel erträgt das System auf die Dauer nicht. Eine proportionale Repräsentanz der ins Parlament gewählten Parteien in der Exekutiven ist durchaus ein Element einer konkordanten Regierung, allerdings ist es nicht das Wichtigste. Weit über 100 Jahre hatte die Schweiz keine „Zauberformel“, die inhaltliche und arithmetische Elemente verband.

- Konkordanz setzt Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit voraus, verlangt Selbstdisziplin der Beteiligten, ja gelegentlich auch Beschränkung bzw. durch Verzicht auf das Ergreifen von Referenden, weil man bereit ist, Brauchbares zur Zeit für unser Volk als wichtiger anzusehen, als subjektiv Perfektes zu spät (die Motive für die plötzliche Verwerfung der seit Jahren erarbeitete AHV-Revision waren konkordanzwidrig).
- Die Konkordanz erlaubt durchaus den politischen Disput im Gremium, aber es setzt auch die Kultur und Kraft der Streitbeilegung voraus.
- Konkordanz verlangt grundsätzliche Konsensbereitschaft und dieser bedingt Augenmass.
- Konkordanz bedingt in der Regierung auch eine gewisse Distanz zur Parteipolitik, selbst wenn die politische Herkunft nicht zu verleugnen ist.
- Konkordanz bedingt schliesslich die Bereitschaft zur Disziplin der Vertraulichkeit und auch die Fähigkeit gelegentlich anderen einen Sieg zu gönnen. Wer auf höchster Ebene permanent Wahlkampf führt, verhält sich nicht konkordant.

Früchte dieser Konkordanz sind Stabilität und Berechenbarkeit, Arbeitsfriede, Generationenvertrag, Chancengleichheit und das in einer sozialen Marktwirtschaft, in einem liberalen Rechtsstaat mit einer bewaffneten Neutralität.



Dieses System ist in Gefahr und wenn gelegentlich für den kommenden Herbst von einer Richtungswahl gesprochen wird, dann hat es heute die Bevölkerung in der Hand, Weichen zu stellen. In der Sozialdemokratie hat man sich durch einen Überraschungscoup hinreissen lassen, die Armeeabschaffung und den Klassenkampf wieder zum Thema zu machen. Beides waren während Jahrzehnten Hindernisse, die bereits starke Kraft der Sozialdemokraten an der Regierung zu beteiligen, weil man darin eine fehlende Grundübereinstimmung für die Mitarbeit auf Regierungsebene sah. Auf der anderen Seite wird von der SVP die Konkordanz heute reduziert auf den Proporz. Aus begreiflichen Gründen will man sich das Erfolgsmodell des Doppelspiels von Regierungsbeteiligung und Opposition nicht nehmen lassen.

Das wird auch offenbar in Sätzen wie:

- „Wir sind für die Konkordanz. Wir sind die stärkste Fraktion und haben deshalb zwei Bundesräte zu gut...“ damit reduziert man Konkordanz auf Proporz.
- Ein Satz wie „Wir sind für eine mitte-rechts Regierung unter unserer Führung“ zeigt, dass man mental die Konkordanz bereits verlassen hat.
- Ein erst in dieser Woche publizierter Artikel zitiert einen Vizepräsidenten der SVP, der die anderen Parteien der „Scheinkonkordanz“ bezichtigt, weil sie nicht folgsam die von der Fraktion vorgeschlagenen Mitglieder gewählt hatten. Konkordanz bedingt nach dieser Version den Verzicht auf das gemäss Verfassung freie Wahlrecht des Parlaments!

**Nicht nur für uns geht es um viel – für alle!**

**Kämpft für die Koalition der Vernunft!**